

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Jürgen Clemens

Neuer Wahltermin im September

Im Verlauf des Besuchs der US-Außenministerin Condoleezza Rice in Kabul wurde – offensichtlich versehentlich – erklärt, dass die verschobenen Parlamentswahlen noch im kommenden Herbst stattfinden werden. Präsident Karzai ergänzte daraufhin spontan, dass ihm der Leiter der Wahlkommission den neuen Termin für den 18. September 2005 kurz zuvor mitgeteilt habe.

Die ersten Wahlen zum afghanischen Parlament sollten ursprünglich im Juni 2004 stattfinden, wurden dann aber mehrfach verschoben. Auch für den Wahltermin im September sind zahlreiche Details noch unklar. Nach Presseberichten werden zeitgleich auch Wahlen zu

den Provinzversammlungen abgehalten. Die zudem für denselben Termin geplanten Distriktwahlen sind eher unsicher. So besteht noch keine Einigkeit über die Gesamtzahl sowie die Grenzziehung der Distrikte – Angaben variieren zwischen 365 und 420 Distrikten. Sollte eine Entscheidung darüber wiederum vertagt und die Distriktwahlen erneut verschoben werden, so stellt sich die Frage, ob dann das Oberhaus, *Mesbrano Jirga*, wie geplant bald nach den Parlamentswahlen eingesetzt werden kann. Nach dem derzeitigen Wahlgesetz soll ein Drittel der Vertreter im Oberhaus von den Distrikten nominiert werden.

Weitere Details, welche rechtzeitig vor

der Parlamentswahl geklärt werden müssen, schließen die Wählerregistrierung für diejenigen ein, die nach der Präsidentschaftswahl vom Oktober 2004 ins Land kamen oder das Wahlalter erreichten, sowie wichtige Details des Wahlverfahrens selber und die Grenzziehung der Wahlbezirke.

Politische Beobachter sind laut Presseberichten wegen der Terminverschiebung aber nicht beunruhigt – verspätete Wahlen seien besser als schlechte Wahlen, so der Direktor der *Afghan Research and Evaluation Unit* (AREU) in der BBC.

Erhöhte Sicherheitsauflagen für Entwicklungshelfer

Nach dem Mord an einem britischen Entwicklungshelfer Anfang März in Kabul haben zahlreiche Hilfsorganisationen die internen Sicherheitsregeln für die rund 2.000 ausländischen Kräfte verschärft. Da der Mord an MacQueen, der nach seinem zweijährigen Einsatz im Ministerium für ländliche Entwicklung unmittelbar vor seiner Rückreise stand, nachts auf dem Heimweg von einem Restaurantbesuch auf offener Straße erfolgte, wurden vielfach Ausgangsbeschränkungen für Mitarbeiter einzelner Nichtregierungsorganisationen für 20:00 Uhr erlassen. Nach ersten Vermutungen wurde MacQueen Opfer eines gezielten Auftrag-

mordes. Erklärungen der Taliban, dass sie für den Mord verantwortlich seien, werden nur von wenigen Beobachtern ernst genommen. Die Hintergründe und Motive blieben noch unklar. Bekannt wurde, dass MacQueen in einem besonderen Kreditprogramm für Bauern arbeitete, das ihnen Alternativen zum Schlafmohananbau bieten soll.

Beobachter bewerten diesen Mord als tragische Warnung. Da seit dem vergangenen Oktober in Kabul keine ernsthaften Anschläge mehr auf Ausländer erfolgten, seien viele nun umso sorgloser. Allerdings wird generell die Sicherheitslage in ganz Afghanistan für den Winter

als deutlich verbessert dargestellt. So seien laut US-Militärsprechern nun weniger Regionen als „unsicher“ einzustufen. Demgegenüber werden für das Frühjahr durchaus erneute Aktionen der Taliban befürchtet. Da sie gegen die Ausrüstung der US-Armee verhältnismäßig wenig ausrichten können, könnten dabei vermehrt Entwicklungshelfer Ziel von Anschlägen werden, zumal zahlreiche Nichtregierungsorganisationen weiterhin die oft undurchsichtige Verbindung zwischen militärischen und humanitären Einsätzen beklagen (vgl. den Beitrag von R. Glassner in diesem Heft).

... Im Überblick

US-Delegationen zu Besuch

Im Rahmen ihrer ersten Asienreise als Außenministerin kam Condoleezza Rice Mitte März zu einem eintägigen Besuch nach Kabul (vgl. Südasiens im Überblick in diesem Heft). Dort traf sie unter anderem Präsident Hamid Karzai. Sie erklärte bei einer gemeinsamen Pressekonferenz, dass die USA ihre Lektion gelernt habe und Afghanistan nun nicht wie nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen 1989 fallenlassen werde. In Kabul führte sie weitere Gespräche zum Wiederauf-

bau sowie zur Drogen- und Terrorismusbekämpfung und lobte die Anstrengungen der afghanischen Bevölkerung bei der Bewältigung des Bürgerkrieges. Während ihres Besuches explodierte in Kandahar eine Autobombe und tötete nach Presseberichten fünf Menschen.

Ende März kam auch die Präsidentengattin Laura Bush zu einem Kurzbesuch nach Kabul. Dort nahm sie an der feierlichen Eröffnung eines Frauenbildungsprogramms

teil. Dieses Programm umfasst 17,7 Millionen US-Dollar für eine neu einzurichtende *American University* sowie 3,5 Millionen US-Dollar für eine internationale Grundschule. Laut Laura Bush haben sich die USA besonders dazu verpflichtet, die gesellschaftliche Integration der Frauen, nicht nur in Kabul, zu fördern. Ein erster Besuch von US-Präsident George W. Bush in Afghanistan steht noch aus.

Hochrangiger Taliban Führer getötet

In der südöstlichen Provinz Paktika wurde im Rahmen der von den USA angeführten Anti-Terror-Koalition in Afghanistan Raz Mohammad zusammen mit zwei weiteren mutmaßlichen Kämpfern getötet. Raz Mohammad gilt laut Mitteilung der US-Armee als hochrangiger Taliban-Führer. Verbände der Koalition wurden bei einer Suchaktion nach dem Taliban-Führer beschossen und erwiderten das Feuer. Dabei kamen neben den drei Taliban-Kämpfern auch eine Frau sowie zwei Kinder ums Leben. Diese Aktion war Teil einer groß angelegten Entwaffnungskampagne, bei der mehrere zehntausend afghanische Milizionäre entwaffnet werden sollen.

In Afghanistan hat die DDR-Kampagne (*Disarmament, Demobilisation and Reintegration*) der Vereinten Nationen zur Entwaffnung Zehntausender Milizionäre ihre Endphase erreicht. Die Entwaffnungen begannen vor rund eineinhalb Jahren. Bislang haben nach Presseberichten rund 45.000 Milizionäre ihre Waffen abgegeben und vermeintlich wieder ein ziviles Leben aufgenommen. Hierzu werden ihnen Ausbildungsmaßnahmen angeboten und Startgelder überreicht. Darüber hinaus vermuten UN-Sprecher, dass nahezu alle schweren Waffen an die Ver-

Endphase der UNO-Entwaffnungskampagne

bände des Verteidigungsministeriums abgegeben wurden.

Allerdings ist weiterhin unklar, wie viele Milizionäre insgesamt in Afghanistan unter Waffen standen. Zu Beginn der DDR-Kampagne wurde deren Zahl auf 60.000 geschätzt – auf dieser Basis wird erwartet, dass die Kampagne bis Juni 2005 erfolgreich abgeschlossen werden kann, dies erfolgt mit Schwerpunkt auf die Umgebung von Kabul. Als anschließende Herausforderung gilt die Bekämpfung und Entwaffnung krimineller Banden, die neben den privaten Milizen operieren.

... Im Überblick

April 2005

Streit um Armeeposten für Abdul Rashid Dostum

Die Nominierung Dostums für den neu eingerichteten Posten als Stabschef der Nationalarmee führte zu massiver Kritik von Seiten mehrerer internationaler Menschenrechtsorganisationen. Während diese Nominierung durch Präsident Karzai in Presseberichten als Balanceakt und Integrationsversuch vor den Parlamentswahlen im September kommentiert wird, verweist unter anderem *Human Rights Watch* in den USA auf Menschenrechtsexzesse in den 1990er Jahren sowie nach der Rückeroberung Mazar-e Sharifs im November 2001. Diese Kritik wurde auch von weiteren Menschenrechtsorganisation aufgegriffen, während sich die afghanische Menschenrechtskommission mit direkten Kommentaren zu General Dostum zurückhielt. Die Kommission wiederholte laut Presseberichten jedoch die allgemeine Forderung, alle Kriegsverbrechen aufzuarbeiten. Die tatsächlichen Aufgaben und Kompetenzen Dostums in seinem neuen Amt blieben nach Presseberichten noch offen.

Rückgang des Schlafmohnbaus?

Eine Stichprobenuntersuchung der afghanischen Übergangsregierung sowie des UNO Büros für Drogen und Kriminalitätsbekämpfung in mehr als 200 Dörfern in rund der Hälfte der Provinzen kam zu dem Ergebnis, dass erstmalig seit dem Sturz der Taliban ein Rückgang der Schlafmohnanbaufläche festzustellen ist. Allerdings kam es nach dieser Untersuchung aber in fünf Provinzen zu einer Ausweitung des Anbaus – in Uruzgan, Helmand, Kandahar und Nangahar wird

dies unter anderen auf anhaltende Dürreprobleme sowie die mangelhafte Präsenz der Regierung zurückgeführt. Ansonsten werden die erkennbaren Rückgänge auf die striktere Kontrolle sowie auf Alternativeangebote für die Bauern zurückgeführt. Genaue Angaben über das Ausmaß des Schlafmohnanbaus wird jedoch erst ein landesweiter Zensus bringen, der später im Jahr durchgeführt werden soll.

Überschwemmungen nach Dambruch

Die außerordentlich großen Mengen an Schneeschmelze führten zu einem Bruch des Sultan-Dammes, rund 30 Kilometer nordwestlich von Ghazni. Nach ersten offiziellen Stellungnahmen wurden mindestens sechs Menschen getötet und Tausende Hektar Ackerland überschwemmt sowie Hunderte Häuser zerstört. Aufgrund der blockierten Straßen konnten aber keine genaueren Angaben zu den Opfern und Schäden gemacht werden. Vom afghanischen Roten Halbmond wurden Hilfslieferungen in die betroffenen Re-

gion entsandt und die US-Armee setzte vier Hubschrauber ein.

In den vergangenen Wochen wurden in Afghanistan insgesamt mehr als 200 Menschen durch Überschwemmungen nach Starkregen und Schneeschmelze getötet. Die am heftigsten betroffenen Regionen sind die Provinz Uruzgan in Zentralafghanistan, sowie die Provinzen Farah und Herat im Westen, Ghor im Zentrum und Faryab im Norden des Landes.

US-Teilamnestie für Taliban

Die US-Armee hat in Afghanistan damit begonnen, gefangene Taliban-Kämpfer zu entlassen, sofern sie sich zur Unterstützung der Karzai-Regierung verpflichteten. Ausgenommen bleiben jedoch hochrangige Anführer der Taliban. Die US-Armee hält in zwei Lagern in

Bagram und in Kandahar rund 500 Taliban-Kämpfer gefangen. Armeesprecher äußerten Mitte März in Presseberichten die Hoffnung, dass zahlreiche Taliban im Zuge dieser Amnestie-Aktion die Kämpfe aufgeben werden. Zu einer ersten Bilanz sei es aber noch zu früh, so

ein US-Offizier zu Pressemeldungen hinsichtlich einer geringer Resonanz unter den Gefangenen. Er gab auch zu, dass Gefangene durchaus auf Empfehlung lokaler Akteure freigelassen wurden, so wurden zwei ehemalige US-Gefangene in der Region Khost zu Polizeichefs ernannt.